

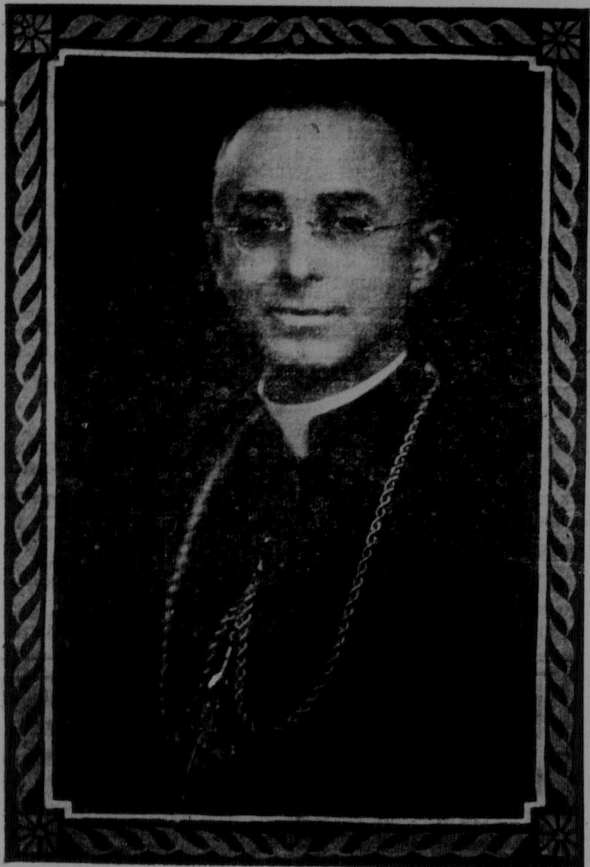
St. Peters Bote

Herausgegeben von den Benediktinern der St. Peters-Abtei zu Münster, Saskatchewan, Canada.

Wegen Anzeigenraten wende man sich an die Redaktion.
Preis für Canada \$2.00 das Jahr; für die Ver. Staaten und das Ausland \$2.50. Das Abonnement ist vorausbezahlg.

Anzeigen, Korrespondenzen uho., sollen spätestens am Montag eintreffen. Adresse: St. Peter's Bote, Münster, Sask., Canada.

Bischof Villeneuve wird Erzbischof von Quebec



Aus der Vatikanstadt kommt die Meldung, daß Papst Pius der Elfte den bisherigen Bischof von Gravelbourg, Mgr. Villeneuve, zum Erzbischof von Quebec ernannt hat.

Erzengel N. Villeneuve, der so mit Übertritt der ältesten (seit 1657) Diözese Kanadas wird, ist der Nachfolger des verstorbenen Kardinals Rouleau. Er wurde zu Montreal, am 2. November 1883 geboren und erhielt seine erste Erziehung bei den Christen Trochters am Mount St. Louis College in Montreal. Am 11. August 1901 trat Erzbischof Villeneuve als Novize bei den Oblaten der Unbefleckten Empfängnis ein. Nach vollendeten Studien im St. Josephs Scholastikat zu Ottawa, wurde er am 24. Mai 1907 zum Priester geweiht. Er blieb als Lehrer am St. Josephs Scholastikat bis zu seiner, am 16. Juni 1930 erfolgten Ernennung zum Bischof von Gravelbourg.

Der St. Peters Bote ergreift hiermit die Gelegenheit, Er. Erzengel die herzlichsten Glückwünsche zu darzubieten. Ad multos et felicissimos annos!

Wochenrundschaue

Kanada

Eine Telephonlinie von Küste zu Küste

Die Bell Telephone Kompanie gibt bekannt, daß vermutlich im Januar kommenden Jahres eine durchlaufende kanadische Telephonlinie von Küste zu Küste fertiggestellt sein wird. Bisher wurden die Geleise meist über die Linien der Ver. Staaten geführt.

Stellungnahme gegen die Automobilsteuer

Der Automobilklub von Saskatchewan hielt kürzlich in Saskatoon eine Sitzung ab, in welcher gegen die geplante Erhöhung der Automobilsteuer scharf Stellung genommen wurde.

Die Steuererhöhungen

Aus Ottawa wird berichtet, daß der Rückgang an Steuererträgen während des Monats November \$817 218.64 gegenüber dem Vorjahre betrug. Dagegen sind die Einnahmen aus den Verkaufssteuern gestiegen, was mit der Wirtschaftslage im engsten Zusammenhang steht.

Der kanadische Dollar

Sir Charles Gordon, der Präsident der Bank von Montreal begab sich mit einigen hervorragenden Bankfachleuten zu Ministerpräsident Bennett, um im Interesse des Aufstieges des kanadischen Dollars, die Errichtung einer Börse in Kanada zu beantragen. Kanada würde dadurch in die Lage versetzt, sich bezüglich seiner Währung von der New Yorker Börse unabhängig zu machen, welche bisher, mangels einer kanadischen Börse die Kontrolle über die kanadische Währung inne hatte. Auch würde das Geldgeschäft nicht mehr über New York gehen und so Kanada an Selbstständigkeit gewinnen.

Zufolge Zeitungsmeldungen, bekundet die Industrie in den Ver. Staaten großes Interesse am Ausstand des kanadischen Dollars, weil die Kaufkraft der Kanadier den Abstieg der U. S. Industrie stark beeinflusst.

Australien Die Wahlergebnisse

Die Arbeiterregierung des Ministerpräsidenten J. Scullin erlitt in der Wahl für ein neues Repräsentantenhaus eine Niederlage. Scullins Partei trat für einen Schutz Zoll ein, durch den viele Artikel fast gänzlich aus dem Lande ausgeschlossen worden wären. Die Opposition, die sich aus der vereinigten australischen Partei, der früheren Nationalistenpartei, der Landpartei und dem rechten Flügel der Arbeiterpartei zusammensetzte, trat dagegen für eine Herabsetzung der bestehenden Zölle ein, mit der Begründung, daß sie einen nachteiligen Einfluss auf das Geschäftsleben haben. Aus den Wahlergebnissen ergibt es sich, daß das neue Haus folgendermaßen aussieht wird:

Ver. Australische Partei 35 Sitze, Offizielle Arbeiterpartei 21 Sitze, James Rong-Partei 7 Sitze, Landpartei 11 Sitze, Unabhängige 1 Sitz.

Der chinesisch-japanische Konflikt

Vor weiteren Kämpfen?

Nach Ansicht neutraler Beobachter erwartet die Armee des Marichalls Tschang, die ungefähr 25 000 Mann stark ist, einen Angriff seitens der Japaner. Es sind, indessen keine Anzeichen dafür vorhanden, daß Vorbereitungen für eine Gegenoffensive oder auch nur für eine Verteidigung getroffen werden.

Die Japaner sind der Ansicht, daß so lange die chinesischen Truppen in der Mandchurei sich nicht abzurückziehen, das Leben und das Eigentum aller Japaner und aller friedliebenden chinesischen Einwohner in der Mandchurei dauernd bedroht sei. Die Diktate, in denen sich die chinesischen Truppen in der Mandchurei fest aufhalten, sind nicht wohlhabend genug, um die Truppen ernähren zu können. Deshalb müssen die Chinesen immer wieder Kämpfe unternehmen. Sie müssen unbedingt verschwinden, um in der Mandchurei den Frieden und die Prosperität wiederherzustellen.

Der Rücktritt

Tschang Kai - Shek

General Tschang Kai-Shek, der bisherige Leiter der chinesischen Nationalregierung und „christliche“ Oberkommandeur der Armee, der Flotte und der Luftstreitkräfte, ist zurückgetreten. Ling - Sen, der Vorsitzende des Legislativsausschusses der Zentralregierung, übernahm vorläufig die Präsidentschaft. Der Rücktritt wurde bekannt gegeben, nachdem die Führer der Regierung in dem Hauptquartier der Zentralregierung eine eilige Zusammenkunft abgehalten hatten, in welcher über einen Frieden mit den Vertretern der Kantone Regierung, die sich jetzt in Shanghai befinden, verhandelt wurde.

Die Entlassung Tschangs, zurückzutreten, folgte auf wochenlanges Demonstrationen seitens der Studentenschaft gegen die passive Haltung der Zentralregierung in der mandchurischen Frage. Man glaubt, daß durch seinen Rücktritt die erste friedliche Revolution in der chinesischen Geschichte zustande kam. Auch nimmt man an, daß durch Tschangs Amtsniederlegung eine Vereinigung der Regierungen in Kanton und Peking, die sich bis vor wenigen Wochen bitter feindlich gegenüberstanden, möglich gemacht wurde.

Eine unabhängige Regierung in Rußland

Aus Moskau wird die Errichtung einer unabhängigen Fingien-Regierung gemeldet. Die neue Regierung wurde nach einer unblutigen Revolution eingesetzt. Tschang Kai-Shek, der zum Bürgermeister von Moskau ernannt wurde, als die Stadt von den Japanern besetzt worden war, stellte sich an die Spitze von 700 Polizisten und führte sie zum Bureau des sogenannten Ausschusses zur Erhaltung des Friedens und ergab die Resignation dieser Körperlichkeit. Der Ausschuss wurde von Juan Tschin-Kai geleitet und funktionierte nominell als die unabhängige Regierung der Provinz Fingien.

Deutsch es Reich

Die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit

In Basel ist der finanzielle Beirat des Völkerbundes bemüht, den Ausblicken der Reparationen zu weiteren Einkünften aus dem erschöpften deutschen Reich zu verhelfen. Wie es scheint, müssen aber die Finanzleute die Unfähigkeit des Reiches zu weiteren Zahlungen einbekennt.

Drei Tatsachen bringt die deutsche Regierung vor, aus denen die Unmöglichkeit weiterer Auspreisung klar hervorgeht:

1. Ein 28 prozentiger Rückgang im Budget der deutschen Eisenbahnen seit dem Jahre 1929, sowie ein Budgetdefizit des Eisenbahnsystems für das Jahr 1931. Die Eisenbahnen bilden bekanntlich die größte Quelle des Reiches für die Reparationszahlungen.

2. Ein 80prozentiger Rückgang in den Korporationseinkommensteuern, der es voraussichtlich unmöglich machen wird etwa 300 000 000 Mark (86 000 000) an bedingter Zinsleistung herbeizubringen.

3. Ein Defizit im deutschen Budget für das Jahr 1931-32 anstatt eines theoretischen Überschusses, der

den bisherigen Erwartungen gemäß im Jahre ungefähr 1 250 000 000 Mark betragen haben sollte. Wie die Sachverständigen erklären, hat die Finanzlage gezeigt, daß die sonstigen Behauptungen der deutschen Mitglieder im großen und ganzen den Tatsachen entsprechen hätten.

Die Verhältnisse der deutschen Eisenbahnen dürfte einen drastischen Effekt auf die Unterhandlungen haben. Die bedingungslosen Reparationen für die nächsten 37 Jahre belaufen sich auf durchschnittlich 660 000 000 Reichsmark im Jahre und sollen hauptsächlich von den Reparationen bestritten werden. Diese Reparationen müssen nach dem Youngplan unter allen Umständen bezahlt werden. Frankreich erhält aus diesen Summen den größten Anteil.

Ein Appell an die Gläubigerstaaten

Georg Solmsien, der Präsident der deutschen Völkerbundkommission, richtete einen dramatischen Appell an die Gläubigerstaaten Deutschlands, indem er sie in einer Ansprache an die Versammlung aufforderte, alles zu tun, um Verständnis für die Lage des Reiches aufzubringen.

„Es ist dies das Schlimmste von allen Nachkriegsjahren gewesen“, sagte er, „Einschränkungen des Privatbesitzes, denen wir uns bis zum letzten Widerstand haben, haben wir jetzt hinnehmen müssen, da wir den Punkt erreicht haben, wo alle Deutschen zusammenstehen müssen.“

Er stellte den dritten der 11 Punkte des Präsidenten Wilson, der von der Beilegung der wirtschaftlichen Schranken spricht, der heutigen Lage gegenüber, in der alle Welt solche Schranken errichtet.

Solmsien warf dem Generalagenten für Reparationen vor, Reparationen aus geliehenem Geld statt aus dem Exportüberschuss übertragen zu haben.

„Wenn die Reichsregierung sich jetzt an das Vaterland wendet und zur letzten Anstrengung auffordert, bis eine endgültige internationale Regelung erzielt ist, dann muß immer wieder betont werden, daß alle Anstrengungen umsonst sind, wenn diese Regelung nicht den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Welt entspricht.“

Solmsien bemühte sich nicht, die früher begangenen Mißgriffe bei der Verwendung geliehenen Kapitals durch öffentliche und private Körperlichkeiten zu verbergen.

„Aber“, sagte Solmsien ferner, „wir wurden von allen ausländischen Finanzberatern ermutigt, kurzfristige Anleihen aufzunehmen, sogar von dem Reparationsagenten selbst. Wir alle machten Fehler, als wir annahmen, daß die Zeit der kurzfristigen Kredite nur eine vorübergehende sein werde.“

Der Bankier verwarf scharf jede Herabsetzung des Währungsstandards, da die Stabilität der Mark die stärkste Sicherheit der Finanzen des Landes sei.

Eine neuerliche internationale Konferenz

Die diplomatischen Vorsehungen zwischen britischen und anderen europäischen Staatsmännern auf dem Festlande lassen erkennen, daß die internationale Konferenz, auf der die Reparations- und Kriegsschuldenfrage weiter besprochen werden soll, wahrscheinlich im Januar in der Schweiz abgehalten werden wird.

Die französische Regierung hat sich der Abhaltung der Konferenz in London widerstet, so daß man sich schließlich darauf einigte, eine Stadt in der Schweiz als Versammlungsort zu wählen. In erster Linie scheint Genf ins Auge gefaßt zu sein.

Als Daten für den Beginn der Konferenz kommen die Tage zwischen dem 7. und 15. Januar in Betracht. Bis zu Anfang des Jahres wird nämlich der Bericht des Finanzbeirats der Bank für internationale Zahlungen, der in Basel tagt, erwartet. Der Beirat, der den Auftrag erhalten hat, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands einer neuen Prüfung zu unterwerfen, bezieht nur die Autorität, den beteiligten Regierungen Empfehlungen zu unterbreiten. Eine internationale Konferenz würde dann logischerweise folgen müssen. Die britische Regierung ist der Ansicht, daß die Konferenz, die zweifellos einen großen Einfluss auf die Finanzlage und die Wirtschaftslage der Welt ausüben wird, so bald wie möglich abgehalten werden muß. Deutschland und sämtliche Nationen, die Reparationen erhalten, würden den Tagungen beizuw-

nen, und von den Ver. Staaten erwartet man, daß sie einen Beobachter entsenden.

Die Frage, ob die Reparations- oder Privatschulden Vorrangbehandlung genießen sollen, ist eine der wichtigsten, die bei der Konferenz behandelt werden sollen. Frankreich behauptet immer wieder aufs Neue, daß die Reparationen an erster Stelle stehen, und daß irgendwelche Reduzierungen der entsprechenden Reduzierungen der Kriegsschuldenzahlungen an die Ver. Staaten begleitet werden müssen.

England

Stürme in Europa

Aus London wird gemeldet, daß seit Tagen starke Stürme sich auf allen europäischen Meeren bemerkbar machen, welchen mehrere Menschenleben zum Opfer fielen und auch Schiffe zum Untergang brachten.

Rußland

Innere Kampf in der Bolschewistenpartei

Der innere Kampf in der kommunistischen Partei gegen solche, die sich den bestehenden Parteibestimmungen nicht anpassen wollen, brach aufs Neue aus, nachdem lange eine Art Waffenstillstand geherrscht hatte. Anatole Slosky, der einen geschicklichen Artikel schrieb, durch welchen Stalin zu einem hitlerischen Ausbruch gegen „faulen Liberalismus“ und „verhüllten Trotskyismus“ innerhalb der Partei veranlaßt worden war, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die formale Klage gegen ihn besagte, daß er „Trotsky-Propaganda in die Parteifunktionäre eingeschmuggelt habe.“ Auch wird es als ein interessantes Zeichen der Zeit betrachtet, daß zwei frühere Anhänger Trotskys, die nachher mit Stalin Frieden schlossen, wieder unter Feuer sind, — nämlich Karl Radok und Leon Trotsky.

Ver. Staaten

Die Notlage in Nebraska

Die Farmerfamilien in sieben nordwestlichen Counties des Staates Nebraska stehen vor einer Hungersnot. Zwei kleine Indianerreserven sind bereits an Unterernährung gestorben. Kalte Winde und Schnee sowie eine Temperatur, die einmal bereits 6 Grad unter Null stand, verschlimmern die Reiden, denen sich die Bewohner der betreffenden Gegenden ausgesetzt sehen.

Farmer, die in vergangenen Jahren „Musterfarmen“ genannt werden konnten und Feldfrüchte in Stille und Fülle hervorbrachten, wurden im vergangenen Sommer durch Dürre und viel zu wenig Regen so schlimm heimgesucht, daß kein Strohhalme mehr übrig blieb. Dazu kam noch, daß durch die Dürre die Weiden vollständig ausgetrocknet wurden. Das Vieh verendete daher.

Guthierung des Hoovermuratoriums

Kongressleute hatten schon geglaubt, daß der Kongreß den Präsidenten Hoover desavouieren werde. Das ist glücklicherweise nicht der Fall, sondern Hoovers Moratorium erhielt nachträglich die Genehmigung seitens des Kongresses.

Regensburger Marien Kalender

Der beste der katholischen Kalenderwelt. — Für 30c Postfrei.

Klein Co.

BRANDON, Minn. — U. S. A.

Kommunisten- flucht ins Bett

Was ich im folgenden erzähle, ist kein erdachter Vorwurf zu einer politischen Pöbel in drei Akten (mit Musik von Walter Kollo & Co.), sondern eine verdammte wahre Geschichte, an der sich tatfächendringende Leser satt essen, satt lachen sollen.

In dem poetisch benannten Städtchen Heinrichsgrün (Erzgebirge) war Bürgermeisterwahl. Plakate schrien von allen Mauern: „Die Gemeinderäte Müller und Schölze sind Verbrecher! Tut diese Munden in Achtbamm! Diese Bürgerlichen haben unsere Gemeinde schweinisch verrottet!...“ So keiften die Kommunisten die Wähler an, und jeder mußte glauben, diese Bürgerlichen sind wohl wirklich ein bißchen angeblöht. Aber die Gemeinderäte dachten nicht bloß, sondern auch nach: sie, die bürgerlichen Halbdarben, als die sie nun gelten mußten, wählten ganz einfach die so viel fähigeren Kommunisten. Die „Köpie“: Genossen Schroll zum Bürgermeister, Genossen Meyer zu seinem Stellvertreter. Großes Salto bei den Medien. Das geht nicht, das ist ein Unverschämtheit! Schroll & Meyer, diese blödsinnigen Nerven, Bürgerreine wie keine, früher, wie es die rechtgläubigen Marxisten nicht erträumt hätten, macht ihnen kein Kaffee. Schroll & Meyer, rennen zum Arzt, der schreibt sie krank und Schroll & Meyer können guten Gewissens ihren Posten verlassen. Den aber wollen die Bürger wieder nicht anerkennen. Was nun? Die politische Bezirksbehörde wird eingeschrieben, der Akt Schroll & Meyer darf nicht bis zum nächsten Tag verschoben werden, denn Heinrichsgrün braucht einen Bürgermeister.

Wie wäre es, wenn andere Städte und Flecken bei Bürgermeisterwahl daselbe in Grün, in „Heinrichsgrün“ täten? Verantwortungen stopfen gewöhnlich das tote Maul, das immer nur bellt und garrt, solange es unverantwortlich von einem luftigen Scholl und Schroll, aus die ganze Welt verdammt darf. Im scharfen Zug der Verleumdung erfüllt es sich plötzlich: die böse Flucht ins Bett, die Schroll & Meyer unternehmen, ist sinnbildlich für alle diese Auftrichter.

„Das N. N.“

Ausbruch einer Kinderkrankheit

Verschiedene Fälle von hämorrhagischer Septikämie (Hämorrhagische septikämie) unter dem Rindvieh traten nach einem Bericht des Veterinärministeriums im Norden der Provinz Saskatchewan auf. Das Ministerium rät an, das Vieh in den verdächtigten Gebieten zu impfen. Der Impfstoff kann zum Selbstkostenpreis bei der Provinzial-Abteilung für Viehstand bezogen werden. Die Berichte über diese Erkrankungen kamen aus Preeceville, Naicam, Lac Vert, St. Vrain und Medstead. Eine Veterinärkommission befindet sich gegenwärtig in Lloydminster, um eine neuartige, seltene andere Krankheit zu untersuchen, welche bis jetzt noch nicht erkannt ist.

Die besten Wunsche fuer

Froehliche Weihnachten u. ein Glueckliches neues Jahr

In diesen Tagen gedenken wir in angenehmer Erinnerung des uns erwiesenen Wohlwollens und drücken allen unseren Freunden und unserer Kaufschaft unsere besten Wünsche für ein erfolgreiches Jahr 1932 aus und vertrauen darauf, daß die Feiertage viel Freude bringen werden, Heberflut und Erfolg.

EMIL'S DRUG STORE
HUMBOLDT'S DISPENSING CHEMIST
EINZIGE DEUTSCHE APOTHEKE IN HUMBOLDT